Politische Gemeinde Rafz

Die Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde Rafz werden zur

Gemeindeversammlung

am Montag, 30. November 2026, 19.30 Uhr, im Zentrum Tannewäg, Tannewäg 28, Rafz

eingeladen. Folgende **Geschäfte** werden behandelt:

1. Genehmigung des Budgets 2027 der Politischen Gemeinde Rafz und Festsetzung des Steuerfusses auf 113 % (wie bisher)
2. Anfragen im Sinne von § 17 des Gemeindegesetzes

Aktenauflage, Stimmregister und Anfragen

Die Akten liegen zwei Wochen vor der Versammlung, d.h. **ab Montag, 16. November 2026** in der Gemeindeverwaltung Rafz, Abteilung Präsidiales und Dienste, Ebene 3, während der Öffnungszeiten des Gemeindehauses zur Einsichtnahme auf. Sie können zudem auf der Website www.rafz.ch in der Rubrik „Gemeindeversammlungen“ eingesehen und heruntergeladen werden. Der Beleuchtende Bericht wird interessierten Personen auf Verlangen kostenlos zugestellt. Anfragen von allgemeinem Interesse sind gemäss § 17 des Gemeindegesetzes **spätestens zehn Arbeitstage** (bis Montag, 16. November 2026) vor der Gemeindeversammlung dem Gemeinderat schriftlich und von der anfragenden Person unterzeichnet einzureichen.

Stimmberechtigung

Die Stimmberechtigung richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte.

Apéro

Nach der Gemeindeversammlung sind alle zum Apéro eingeladen.

Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte Personen

Für mobilitätseingeschränkte Personen stellt der Verein 55*plus*-rafz gratis einen Fahrdienst zur Verfügung. Buchungen werden spätestens zwei Tage im Voraus unter 079 575 81 97 entgegengenommen (Montag bis Freitag von 09.00 bis 12.00 Uhr).

Der Gemeinderat freut sich über Ihre Teilnahme.

Rafz, 16. November 2026

Gemeinderat Rafz

1. Genehmigung des Budgets 2027 der Politischen Gemeinde Rafz und Festsetzung des Steuerfusses auf 113 % (wie bisher)

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Das Budget 2027 der Politischen Gemeinde Rafz wird genehmigt.

2. Die Erfolgsrechnung 2027 weist bei einem Aufwand von Fr. 40'396'300.-- und einem Ertrag von Fr. 25'724'300.-- einen durch allgemeine Steuern zu deckenden Aufwandüberschuss von Fr. 14'672'000.-- aus. Zur Deckung dieses Aufwandüberschusses ist ein Steuerfuss von 113 % (Vorjahr 113 %) des einfachen Gemeindesteuerertrages von Fr. 12'210'088.-- erforderlich. Nach Berücksichtigung des Steuerertrages in der Höhe von Fr. 13'797'400.-- resultiert ein Aufwandüberschuss von Fr. 874'600.--, welcher dem Bilanzüberschuss zu belasten ist.

3. Die Investitionsrechnung 2027 weist im Verwaltungsvermögen Ausgaben von Fr. 13'178'000.-- und Einnahmen von Fr. 5'590'000.-- aus. Die Nettoinvestitionen belaufen sich somit auf Fr. 7'588'000.--. Im Finanzvermögen sind weder Ausgaben noch Einnahmen vorgesehen, weshalb keine Nettoveränderung resultiert.

4. Der Steuerfuss 2027 wird auf 113 % (Vorjahr 113 %) festgesetzt.

Rafz, 6. Oktober 2026

Gemeinderat Rafz

Kurt Altenburger	Manfred Hohl
Gemeindepräsident	Gemeindeschreiber

Behördlicher Referent: Gemeindepräsident Kurt Altenburger

Beleuchtender Bericht

Ausgangslage

Nach Art. 16 Ziff. 1 und 2 der Gemeindeordnung ist die Gemeindeversammlung für die Festsetzung des Budgets und des Steuerfusses zuständig.

Der Budgetentwurf 2027 liegt zur Genehmigung durch die Gemeindeversammlung vom 30. November 2026 vor.

Erfolgsrechnung

Die Hochrechnung des Rechnungsjahres 2026 zeigt per Ende August 2026 einen mutmasslichen Ertragsüberschuss von rund 1,9 Mio. Franken (Budget 2026: Aufwandüberschuss zulasten finanzpolitische Reserve von Fr. 465'700.--) und ist somit rund 2,3 Mio. Franken besser als budgetiert. Dies ist in erster Linie auf die Neubewertung der Pachtgrundstücke des Gutshofes Peteracker mit einem nicht realisierten Buchgewinn von rund 2,4 Mio. Franken zurückzuführen. Die Steuererträge fallen zwar rund Fr. 825'000.-- höher aus, im Gegenzug sind ausserplanmässige Abschreibungen auf nicht ausgeführten Schulprojekten von Fr. 590'000.-- vorgenommen worden. Das Rechnungsresultat 2025 ist mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'648'000.-- ohnehin viel besser ausgefallen, was in erster Linie auf höhere Steuereinnahmen von 2,1 Mio. Franken zurückzuführen war. Diese ausserordentlichen Steuererträge führen nun im Jahr 2027 zu einem tieferen Ressourcenausgleich von Fr. 778'800.--, weil die Steuerkraft von Rafz stärker gewachsen ist als das kantonale Mittel.

Die Erträge 2027 sind mit Fr. 39'521'700.-- gegenüber 2026, ohne den ausserordentlichen Ertrag aus der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von Fr. 465'700.--, mit Fr. 35'687'000.-- um Fr. 3'834'700.-- höher. Ein Vergleich mit dem Vorjahresbudget ist durch die Integration der Sekundarschule Unteres Rafzerfeld (SUR) ab August 2026 schwierig. Es wird eine separate Kostenstelle Regionale Sekundarschule 2139 geführt in der neu Aufwendungen und Erträge für zwölf anstatt fünf Monate enthalten sind. Der Anteil der Gemeinde Rafz ist doppelt im Bildungsbereich berücksichtigt, einerseits in der Kostenstelle der Regionalen Sekundarschule 2139 wie auch in der Kostenstelle 2130 der Sekundarschule. Effektiv sind die Einnahmen der Regionalen Sekundarschule um 2,4 Mio. höher als 2026, wovon auf die Rückerstattung der SUR Fr. 850'000.-- entfallen. Zudem sind Kostenumlagerungen in diverse Kostenstellen erfolgt, die einen direkten Vergleich der Jahre 2027 und 2026 erschweren.

Die Steuereinnahmen werden optimistisch um 1,23 Mio. Franken erhöht. Die Grundstückgewinnsteuer wird mit 1,6 Mio. Franken budgetiert, was einer Zunahme von Fr. 300'000.-- gegenüber 2026 entspricht. Die Steuererträge aus den allgemeinen Steuern werden optimistisch um Fr. 930'300.-- höher geschätzt. Der 100-prozentige Steuerertrag wird von Fr. 11'734'602.-- im Budget 2026 auf Fr. 12'210'088.-- für 2027 angehoben, was bei gleichbleibendem Steuerfuss einem Mehrertrag von Fr. 537'300.-- entspricht. Die Steuern früherer Jahre wird auf das Ertragsniveau 2025 um Fr. 255'000.-- höher veranschlagt und auch die Quellensteuern nehmen weiter zu und werden um Fr. 150'000.-- höher budgetiert als 2026. Durch die überdurchschnittlich gestiegene Steuerkraft 2025 von Rafz wird 2027 wird der Ressourcenausgleich Fr.

778'800.-- tiefer ausfallen. Die übrigen Beiträge von Bund und Kanton verhalten sich analog zum Aufwand, beispielsweise für Ergänzungsleistungen.

Der Aufwand ist von Fr. 36'152'700.-- im Budget 2026 auf Fr. 40'396'300.-- um Fr. 4'243'600.-- für 2027 gestiegen. Der Transferaufwand wird rund Fr. 2'738'000.-- höher geschätzt, wovon allein auf die Regionale Sekundarschule rund 2,4 Mio. Franken entfallen. Davon sind wiederum fast 1,5 Mio. Franken auf die Lohnsumme der kantonal angestellten Lehrpersonen zurückzuführen, weil die Kosten für ein ganzes Schuljahr der Regionalen Sekundarschule enthalten sind. Der Personalaufwand ist um Fr. 726'600.-- höher und auch der Sachaufwand fällt um Fr. 222'200.-- höher aus, wobei auch hier die Kosten der Regionalen Sekundarschule ins Gewicht fallen. Die Abschreibungen erhöhen sich um Fr. 169'700.--.

Für das Jahr 2027 wird mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 874'600.-- gerechnet, welcher im Vergleich zu 2026 mit Fr. 465'700.-- um Fr. 408'900.-- höher ausfällt. Wenn eine Abgrenzung des Ressourcenausgleichs in der Jahresrechnung 2025 möglich gewesen wäre, würde das Budgetresultat 2027 um Fr. 778'800.-- besser ausfallen und wäre fast ausgeglichen. Aufwandüberschüsse können auch ohne Budgetierung aus der finanzpolitischen Reserve von 2,5 Mio. Franken entnommen werden. Die Entnahme 2027 wird im Gegensatz zu 2026 nicht budgetiert, weil die Zahlen leichter zu vergleichen sind. Wenn die Aufwandüberschüsse in der Jahresrechnung höher ausfallen, kann der effektive Aufwandüberschuss entnommen werden.

Die Übersicht über die funktionale Gliederung ist im Anhang ersichtlich. Die wesentlichen Budgetabweichungen 2027 gegenüber dem Budget 2026 können in den einzelnen Aufgabenbereichen wie folgt zusammengefasst werden:

0 Allgemeine Verwaltung
Der Nettoaufwand liegt Fr. 139'900.-- über dem Vorjahresbudget. Für die Löhne sind gemäss Empfehlung des Gemeindeamtes 0,2 % Teuerungszulage und 0,8 % für Beförderungen berücksichtigt. Zusätzlich ist für die Nachfolge der Leitung Immobilien infolge Pensionierung eine Doppelbesetzung geplant. Ein KI-Tool soll die Verwaltung unter Einhaltung der Datenschutzvorschriften unterstützen, zudem soll die bestehende Telefonie abgelöst werden. Für Verwaltungsliegenschaften sind weniger ausserordentliche Unterhaltskosten vorgesehen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit
Der Nettoaufwand liegt Fr. 114'800.-- über dem Vorjahresbudget. In der Regionalen Schiessanlage sollen Scheibenzüge und Kiesboxen ersetzt werden. In der Zivilschutzunterkunft sind bauliche Massnahmen geplant, um die Problematik der Wassereinbrüche zu beheben. Für den Anschlussvertrag an die Zivilschutzorganisation Bülach sind höhere Beiträge zu leisten.

2 Bildung
Der Nettoaufwand liegt Fr. 492'600.-- über dem Vorjahresbudget.

In allen Schulstufen nimmt der Unterstützungsbedarf durch Klassenassistenzen zu. Im Gegenzug tiefere Lohnkosten von Kindergarten-Lehrpersonen durch die Schliessung einer Klasse aufgrund rückläufiger Schülerzahlen.

In der Primarstufe resultieren höhere Lohnkosten an kommunal Angestellte für Deutsch als Zweitsprache und einer neuen Sozialpädagogin zur Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen (ISR). Verschiedene Anschaffungen von Mobiliar und Lernwaben für die Lerninsel Fokus Rafz. Im nächsten Jahr sind mehr Klassenlager geplant, die Zahl variiert jedes Jahr.

In der Kostenstelle 2130 der Sekundarstufe I ist der Kostenanteil der gemeinsamen Sekundarschule und die direkt zu zahlenden Schulgelder für das 10. Schuljahr zu finden. Die übrigen Kosten sind nun für zwölf, anstatt nur fünf Monate ab August 2026 in der separaten Kostenstelle 2139 für die Regionale Sekundarstufe I zu finden. Die Kosten von rund 3,9 Mio. Franken sind auf die beteiligten Schulgemeinden Rafz und Unteres Rafzerfeld (SUR) nach Anzahl Sekundar-Schüler aufzuteilen, ebenso die Kosten des regionalen Mittagstischs in der Kostenstelle 2189. Die SUR beteiligt sich ebenfalls an den Nettokosten der Kostenstellen 2170 Schulliegenschaften, 2190 Schulleitung, 2191 Schulverwaltung sowie 2192 Volksschule sonstiges aber ohne Transportkosten der Sonderschulung, aufgeteilt auf die Schülerzahlen aller Schulstufen.

In der Sekundarstufe fallen nebst den Kosten für ein ganzes Schuljahr zusätzliche kommunale Lohnkosten für PMT-Lektionen und Logopädie an. Ab Schuljahr 2027/28 wird vorübergehend eine zusätzliche Sekundarklasse geführt, was höhere Lohn- und Sachkosten zur Folge hat. Es sind teilweise neue Lehrmittel aufgrund des Zusammenschlusses sowie Material für das neue NT-Zimmer und Mobiliar für die Lerninsel anzuschaffen. Zur Beratung und Unterstützung sind externe Fachpersonen beizuziehen. Mehrkosten für Lager, weil teilweise Klassenlager verschoben wurden und nun auch die SUR-Schüler am Skilager teilnehmen. Im Gegenzug ebenfalls höhere Elternbeiträge.

Bei den Schulliegenschaften sind durch den zusätzlichen Schulraum zusätzliche personelle Ressourcen in Betrieb und Reinigung notwendig. Es wird auf die Baukommission der Schulraumplanung verzichtet, dafür ist eine externe Unterstützung für die bauliche Umsetzung des Rahmenkredites notwendig. Zwar entfällt nach dem Kauf des Chiletürmli I die Miete, hingegen ist für den modularen Schulraum Chiletürmli II die Miete für ein gesamtes Jahr zu leisten. Die Abschreibungen steigen aufgrund der in Nutzung genommenen Investitionen an. Für die Ermittlung der Vollkosten sind die Personalkosten konsequent auf die Kostenstellen umzulegen. Wegfall der Mieteinnahmen für den Kindergarten Bölli, da dieser wieder selbst genutzt wird.

Es fallen Mehrkosten für den Kinderhort an, wobei die Elternbeiträge aktuell zusätzlich rückläufig sind. Es sind diverse Anschaffungen für Aussenmobiliar und Lernwabe vorgesehen. Die Schulverwaltung wurde durch den Zusammenschluss mit SUR ebenfalls verstärkt und die Löhne wie auch die Kostenrückerstattung berücksichtigen ebenfalls zwölf anstatt fünf Monate. Die Sonderschulkosten fallen höher aus, aber ebenfalls die Einnahmen der Kostenrückerstattungen durch SUR und den Kanton.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Der Nettoaufwand liegt Fr. 3'500.-- über dem Vorjahresbudget. Anstatt eines Pauschalbeitrages werden die Personalkosten der Bibliothek für die Kostenkalkulation auf die einzelnen Schulstufen umgelegt. Es fallen geringe Kostenverschiebungen an, z.B.

für periodische Baumpflegearbeiten im Freibad, dafür ist der interne Aufwand des Werkpersonals für Grünflächen aufgrund der Vorjahreswerte tiefer.

4 Gesundheit
Der Nettoaufwand liegt Fr. 38'100.-- über dem Vorjahresbudget. Aufgrund der aktuellen Zahlen ist mit weiterhin steigenden Pflegefinanzierungsbeiträgen zu rechnen, vor allem an Alters- und Pflegeheime, weniger starke Zunahme an Spitex-Organisationen. Zur Entlastung trägt der ab 2027 neu zu zahlende Baurechtszins der Wohnen + Pflege Peteracker AG bei.

5 Soziale Sicherheit
Der Nettoaufwand liegt Fr. 10'600.-- unter dem Vorjahresbudget. Analog zur Kostenentwicklung der Pflegefinanzierung steigen auch die Ergänzungsleistungen für AHV-Rentner weiterhin an, dafür sind die Ergänzungsleistungen für IV-Rentner zurzeit eher rückläufig. Durch die neuen gesetzlichen Regelungen können mehr Rückerstattungen von Ergänzungsleistungen eingefordert werden. Im Gegensatz dazu werden höhere Beiträge an Kinderhorte übernommen, da mehr Familien subventionsberechtigt sind. Aufgrund der aktuellen Zahlen wird weiterhin mit rückläufigen Beiträgen der wirtschaftlichen Hilfe gerechnet. Die Kosten im Asylwesen sind aufgrund des aktuellen Bedarfs ohne einen allfälligen Mehraufwand für zusätzlich platzierte Asylsuchende berücksichtigt. Für die vom Kanton zu übernehmenden Integrationsmassnahmen wurde ein Kostendach festgelegt. Die Entschädigungen für die per 1. Juli 2026 aufgehobenen Sozialbehörde entfallen vollständig.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung
Der Nettoaufwand liegt Fr. 78'800.-- über dem Vorjahresbudget. Zusätzliche Stelle im Werkbetrieb für die Ausbildung des neuen Brunnenmeisters. Für Gemeindestrassen sind Reparaturarbeiten an diversen Belägen vorgesehen, dafür sind keine Randsteinsanierungen notwendig.

7 Umweltschutz und Raumordnung
Der Nettoaufwand liegt Fr. 79'000.-- über dem Vorjahresbudget. Die Gebührenbetriebe werden über die Spezialfinanzierungen ausgeglichen, wobei im Wasser ein Ertragsüberschuss von Fr. 36'900.-- resultiert, im Abwasser ein solcher von Fr. 25'700.-- sowie im Abfall von Fr. 46'500.--. Aufgrund der ausgeglichenen Resultate und den ohnehin höheren Gebührenerträge der Vorjahre sind keine Gebührenanpassungen notwendig. Im Wasserwerk wie auch Abwasser sind höhere Betriebsbeiträge an den Zweckverband zu leisten. In beiden Bereichen sollen die Planungsgrundlagen, der Generelle Wasserversorgungsplan (GWP) sowie der Generelle Entsorgungsplan (GEP) aktualisiert werden. Im Abwasserbereich fallen vermehrt Unterhaltsarbeiten für Spülungen von verkalkten Leitungen und den Ersatz von Schachtdeckeln an. Im Abfallwesen führt eine Systemänderung in der Grüngutabfuhr zu tieferen Kosten. Höhere kommunale Energie-Förderbeiträge. Im Friedhof soll eine digitale Todesfall- und Grabverwaltung angeschafft werden, wofür ebenfalls der Friedhofplan zu digitalisieren ist.

8 Volkswirtschaft
Der Nettoertrag liegt Fr. 51'200.-- über dem Vorjahresbudget. Der laufende Unterhalt der Flurstrassen kann reduziert werden. Aufgrund des guten Halbjahresresultats 2026

der ZKB wird mit einem höheren Gewinnanteil gerechnet, was zu einem höheren Ertragsüberschuss dieser Kostenstelle führt.

9 Finanzen und Steuern
Der Nettoertrag liegt Fr. 476'000.-- über dem Vorjahresbudget ohne Berücksichtigung der Entnahme des Aufwandüberschusses 2026 von Fr. 465'700.-- aus der finanzpolitischen Reserve. Es wird aufgrund der gegenwärtigen Ertragszahlen mit weiter steigenden Steuererträgen gerechnet, einerseits bei den natürlichen Personen aufgrund des zu erwartenden Einwohnerzuwachs und andererseits nehmen auch die Gewinnsteuern von juristischen Personen zu. Die Schätzung des 100-prozentigen Steuerertrages des laufenden Jahres wird von 11,7 Mio. Franken auf rund Fr. 12'210'000.-- angehoben. Bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 113 % führt dies zu einem effektiven Mehrertrag von Fr. 537'300.--. Ebenso werden die Erträge der Vorjahre nochmals erhöht, da diese in den letzten drei Jahren konstant hoch ausgefallen sind, was u.a. auf Steuern aus Kapitalleistungen zurückzuführen ist. Zudem sind höhere Vermögenssteuern zu erwarten, da alle Liegenschaften neu zu bewerten sind. Die Erträge aus Quellensteuern werden trotz starken Schwankungen angehoben, da sie im letzten wie auch im laufenden Jahr höher ausfallen. Es wird insgesamt nochmals mit frappant höheren Erträgen der ordentlichen Steuern von Fr. 980'300.-- gerechnet. Die Grundstückgewinnsteuern sind aufgrund von geplanten Verkäufen mit 1,6 Mio. Franken wieder höher angesetzt als im Vorjahr mit 1,3 Mio. Franken. Der Ressourcenausgleich fällt um Fr. 778'800.-- markant tiefer aus, weil die Steuerkraft 2025 von Rafz aufgrund von ausserordentlichen Erträgen um Fr. 322.-- pro Einwohner zugenommen hat, das kantonale Mittel aber nur um Fr. 177.--. Aufgrund von laufenden und zu erneuernden Darlehen steigt der interne Zinssatz leicht von 1,2 % auf 1,28 % an. Die intern zu verzinsenden Landwerte des Finanzvermögens nehmen durch die Neubewertung 2026 der Pachtgrundstücke des ehemaligen Gutsbetriebs Peteracker zu. Auf die Budgetierung einer allfälligen Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve wird verzichtet, da diese bei einem Aufwandüberschuss bei Rechnungsabschluss auch ohne Budget getätigt werden kann und das Budgetresultat und deren Vergleichbarkeit verzerrt.

Investitionsrechnung

Es ist mit überdurchschnittlich hohen Investitionen zu rechnen. Für 2027 sind Investitionsausgaben von Fr. 13'178'000.-- geplant, nach Abzug der Investitionsbeiträge belaufen sich die Nettoinvestitionen auf Fr. 7'588'000.--. Diese sind nochmals höher als 2026 mit Ausgaben von Fr. 9'069'000.-- und budgetierten Nettoinvestitionen von Fr. 4'724'000.--. Diese werden nicht voll ausgeschöpft und liegen zurzeit bei rund 2,2 Mio. Franken. In den Folgejahren 2028 bis 2030 sollen nochmals rund 27,5 Mio. Franken investiert werden. In der Finanzplanungsperiode 2026 bis 2030 sind Nettoinvestitionen von rund 37,3 Mio. Franken (Vorjahr 32,9 Mio. Franken) geplant, wovon 33,5 Mio. Franken steuerfinanziert sind. In den Gebührenbetrieben Wasser und Abwasser sind Nettoinvestitionen von 3,8 Mio. Franken (Vorjahr 6,0 Mio. Franken) vorgesehen. Zur Finanzierung des Investitionshöhepunktes 2028 mit 13,1 Mio. Franken ist der Verkauf von Land im Finanzvermögen geplant.

Die Übersicht über die funktionale Gliederung ist im Anhang ersichtlich. 2027 sind die nachstehenden grossen Investitionsvorhaben vorgesehen:

Konto	Bezeichnung	Betrag Fr.
2170.5040.01	SH Schalmenacker, Lehrschwimmbecken, Planung und Renovation (Teilbetrag)	3'500'000
2170.6320.00	SH Schalmenacker, Beiträge SUR Lehrschwimmbecken	- 880'000
2170.5040.15	KiGa Freien - Anbau Gruppenräume inkl. Heizung	940'000
2170.5040.36	SH Schalmenacker - Kauf Chiletürmli I	405'000
2170.5040.37	SH Götze - Sanierung und Restrukturierung	1'000'000
2170.5040.38	KiGa Bölli - Sanierung	200'000
2170.5040.39	SH Schalmenacker - Feuerpolizeiliche Massnahmen	800'000
2170.5040.41	Schulliegenschaften - Schliessanlagen	200'000
2170.6320.01	SH Schalmenacker, Beiträge (SUR, ehemaliger Ergänzungsbau)	- 4'200'000
4120.5440.00	Darlehen an „Wohnen und Pflege Peteracker AG“	3'750'000
7101.5030.32	Stufenpumpwerk Adenberg, Werkleitungen (Teilbetrag)	300'000
7101.5030.33	Obere Ifang/Tannewisli, Ersatz WL (Teilbetrag)	300'000

Beim Verwaltungsvermögen handelt es sich um getätigte Investitionen, die nach gesetzlichen Vorgaben abgeschrieben werden müssen. Mit diesen Abschreibungen werden die bereits ausgegebenen Geldmittel für Investitionen nachträglich refinanziert. Sie werden linear, über die Nutzungsdauer der jeweiligen Anlage, berechnet.

Die gesamten Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen betragen Fr. 2'524'100.-- (Budget 2026 Fr. 2'354'400.--), wovon diejenigen des Wasserwerks, der Abwasserbeseitigung und der Abfallwirtschaft von Fr. 134'800.-- direkt über Gebühren finanziert werden. Somit belasten den Steuerhaushalt Abschreibungen von Fr. 2'389'300.--.

Steuerfuss

Der Gemeinderat setzt den Steuerfuss jeweils unter Würdigung der vorhandenen Substanz, der finanziellen Situation des Gesamthaushaltes und der mutmasslichen Entwicklung gemäss Finanz- und Investitionsplan fest. Das zweckfreie Eigenkapital als Reserve für künftige Aufwandüberschüsse beläuft sich per 31. Dezember 2025 auf rund 50,0 Mio. Franken zuzüglich 2,5 Mio. Franken in der finanzpolitischen Reserve. Bei einer ganzheitlichen Analyse der Bilanz lässt sich als wichtige Kennzahl das Nettovermögen berechnen, bei dem den (verkäuflichen) Vermögenswerten die Schulden gegenüberstehen. Das Nettovermögen von 6,4 Mio. Franken per Ende 2025 wird aufgrund der hohen Investitionen vollständig abgebaut und wird in eine Nettoschuld per Ende 2028 kippen. Trotz der hohen Erträge besteht im Jahr 2027 ein ungenügender Selbstfinanzierungsgrad von 23 %.

Die Investitionen wurden zwar reduziert und über die zehn Jahre verteilt, doch stehen in den nächsten Jahren weiterhin sehr hohe Investitionsausgaben an. Der Selbstfinanzierungsgrad ist ungenügend, der Selbstfinanzierungsanteil aber im Durchschnitt solid. In den finanzpolitischen Zielen der Legislaturplanung wurde eine Bandbreite der Verschuldung im Steuerhaushalt festgelegt. Die Langfristperspektive bis 2037 zeigt erst nach der Umsetzung des Rahmenkredites für den Schulraum und dem geplanten Ausbau des Hochwasserschutzes ab 2033 ein tieferes Investitionsvolumen, was zu einem Rückgang der Fremdverschuldung führt. Diese steigt bis 2032 auf maximal 27,7

Mio. Franken bzw. Fr. 1'727.-- pro Einwohner im Steuerhaushalt an, womit die definierte Maximalverschulung auch längerfristig eingehalten werden kann. Es muss ab 2034 unbedingt ein Fokus auf die Reduktion der Verschuldung gelegt werden, auch wenn weiterhin ein Investitionsbedarf bestehen wird. Trotz Zunahme der Verschuldung werden voraussichtlich ab 2028 Ertragsüberschüsse erzielt, wenn der Ressourcenausgleich wieder ansteigt.

Der Steuerfuss wird aus diesem Grund vorläufig bei 113 % der einfachen Staatssteuer belassen. Aufgrund von unsicheren Planungsgrundlagen, vor allem den effektiven Kosten der regionalen Sekundarschule, wird momentan von einer Anpassung des Steuerfusses abgesehen. Aufgrund der vorhandenen Substanz, vor allem auch der finanzpolitischen Reserve, kann auch ein Jahr mit einem Aufwandüberschuss verkraftet werden. Der Steuerfuss wird jeweils im Rahmen der Finanzplanungsperiode jährlich geprüft.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, den Steuerfuss 2027 auf 113 % (Vorjahr 113 %) festzusetzen.

Erfolgsrechnung

Hauptaufgabenbereiche (Funktionale Gliederung)		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
0	**Allgemeine Verwaltung**	**3'784'500**	**745'800**	**3'670'300**	**771'500**	**3'573'483.49**	**758'027.83**
	Nettoergebnis		3'038'700		2'898'800		2'815'455.66
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit**	**1'731'100**	**516'900**	**1'615'900**	**516'500**	**1'559'538.32**	**478'402.12**
	Nettoergebnis		1'214'200		1'099'400		1'081'136.20
2	**Bildung**	**20'030'900**	**6'120'700**	**16'544'200**	**3'126'600**	**14'692'935.96**	**1'487'684.79**
	Nettoergebnis		13'910'200		13'417'600		13'205'251.17
3	**Kultur, Sport und Freizeit**	**1'749'800**	**410'900**	**1'734'000**	**398'600**	**1'672'168.99**	**398'792.50**
	Nettoergebnis		1'338'900		1'335'400		1'273'376.49
4	**Gesundheit**	**2'188'100**	**70'800**	**2'119'200**	**40'000**	**2'146'559.88**	**142'900.00**
	Nettoergebnis		2'117'300		2'079'200		2'003'659.88
5	**Soziale Sicherheit**	**5'702'200**	**3'206'600**	**5'646'800**	**3'140'600**	**5'728'885.28**	**3'324'543.96**
	Nettoergebnis		2'495'600		2'506'200		2'404'341.32
6	**Verkehr und Nachrichtenübermittlung**	**2'241'100**	**965'000**	**2'150'700**	**953'400**	**1'992'346.93**	**889'131.41**
	Nettoergebnis		1'276'100		1'197'300		1'103'215.52
7	**Umweltschutz und Raumordnung**	**2'293'800**	**1'962'300**	**2'019'400**	**1'766'900**	**2'245'346.02**	**1'986'344.31**
	Nettoergebnis		331'500		252'500		259'001.71
8	**Volkswirtschaft**	**219'100**	**626'600**	**234'000**	**590'300**	**146'004.48**	**589'902.00**
	Nettoergebnis	407'500		356'300		443'897.52	
9	**Finanzen und Steuern**	**455'700**	**24'896'100**	**418'200**	**24'848'300**	**521'304.38**	**25'870'363.22**
	Nettoergebnis	24'440'400		24'430'100		25'349'058.84	
	Total Aufwand / Ertrag	**40'396'300**	**39'521'700**	**36'152'700**	**36'152'700**	**34'278'573.73**	**35'926'092.14**
	Ertragsüberschuss / Aufwandüberschuss	**0**	**874'600**	**0**	**0**	**1'647'518.41**	**0.00**
	Total	**40'396'300**	**40'396'300**	**36'152'700**	**36'152'700**	**35'926'092.14**	**35'926'092.14**

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen

	Hauptaufgabenbereiche (Funktionale Gliederung)	Budget 2027 Ausgaben	Budget 2027 Einnahmen	Budget 2026 Ausgaben	Budget 2026 Einnahmen	Rechnung 2025 Ausgaben	Rechnung 2025 Einnahmen
0	**Allgemeine Verwaltung**	**246'000**		**276'000**		**152'765.00**	
	Nettoergebnis		246'000		276'000		152'765.00
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit**	**262'000**	**70'000**	**140'000**	**65'000**		
	Nettoergebnis		192'000		75'000		
2	**Bildung**	**7'395'000**	**5'280'000**	**4'303'000**	**3'880'000**	**799'679.08**	**223'617.60**
	Nettoergebnis		2'115'000		423'000		576'061.48
3	**Kultur, Sport und Freizeit**	**247'000**		**25'000**		**8'142.08**	
	Nettoergebnis		247'000		25'000		8'142.08
4	**Gesundheit**	**3'750'000**		**2'000'000**			
	Nettoergebnis		3'750'000		2'000'000		
5	**Soziale Sicherheit**						
	Nettoergebnis						
6	**Verkehr und Nachrichtenübermittlung**	**478'000**		**824'000**		**2'447'379.41**	**23'950.85**
	Nettoergebnis		478'000		824'000		2'423'428.56
7	**Umweltschutz und Raumordnung**	**800'000**	**240'000**	**1'501'000**	**400'000**	**1'863'007.41**	**511'225.51**
	Nettoergebnis		560'000		1'101'000		1'351'781.90
8	**Volkswirtschaft**						
	Nettoergebnis						
	Total Ausgaben / Einnahmen	**13'178'000**	**5'590'000**	**9'069'000**	**4'345'000**	**5'270'972.98**	**758'793.96**
	Einnahmenüberschuss / Nettoinvestitionen	**0**	**7'588'000**	**0**	**4'724'000**	**0.00**	**4'512'179.02**
	Total	**13'178'000**	**13'178'000**	**9'069'000**	**9'069'000**	**5'270'972.98**	**5'270'972.98**

Haushaltsgleichgewicht

Ausgleich des Budgets

Regel: Der Gemeindesteuerfuss wird grundsätzlich so festgesetzt, dass die Erfolgsrechnung des Budgets ausgeglichen ist (§ 92 Abs. 1 GG).

Jahresergebnis Erfolgsrechnung	Aufwandüberschuss (-) / Ertragsüberschuss (+) gemäss Budget	**-874'600.00**

Der mit GRB 276 vom 03.10.2017 bestimmte mittelfristige Ausgleich wurde mit GRB 287 vom 24.11.2020 aufgehoben.

Zulässiger Aufwandüberschuss

Regel: Pro Jahr darf ein Aufwandüberschuss in der Höhe der budgetierten Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen zuzüglich 3% des Steuerertrags budgetiert werden (§ 92 Abs. 2 GG).
Ist das Finanzvermögen grösser als das Fremdkapital [Nettovermögen], darf von Abs. 2 abgewichen und bis zur Höhe der Differenz ein Aufwandüberschuss budgetiert werden (§ 92 Abs. 3 GG).
Falls Einlagen in die Vorfinanzierungen (§ 90 Abs. 3 GG) oder in die Reserve (§ 123 Abs. 2 GG) budgetiert werden, darf im Budget kein Aufwandüberschuss resultieren.

Finanzvermögen per 31.12.2025	24'790'828.02
./. Fremdkapital per 31.12.2025	18'427'052.73
= Nettovermögen (+) / Nettoschuld (-) per 31.12.2025	**6'363'775.29**

Ist das Finanzvermögen grösser als das Fremdkapital (Nettovermögen) darf ein Aufwandüberschuss in gleicher Höhe budgetiert werden.

Zulässiger Aufwandüberschuss bei einem Nettovermögen	**6'363'775.29**

Ist das Finanzvermögen kleiner als das Fremdkapital (Nettoschuld) darf ein Aufwandüberschuss in der Höhe der Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen des allgemeinen Haushalts zuzüglich 3 % vom Steuerertrag des Rechnungsjahres budgetiert werden.

Abschreibungen allgemeiner Haushalt	2'389'300.00
3 % vom Steuerertrag Rechnungsjahr	413'922.00
Zulässiger Aufwandüberschuss bei einer Nettoschuld	**2'803'222.00**

	Funktion	Sachkonto	
Einlagen in Vorfinanzierungen	xxxx	3893.xx	0.00
Einlagen in finanzpolitische Reserve	9900	3894.xx	0.00

Haushaltsgleichgewicht

Kennzahlen

Regel: Zur Beurteilung der Veränderung des Eigenkapitals, der Zinsbelastung und der Investitionen werden nachfolgende Kennzahlen ausgewiesen (§ 94 GG).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt Auskunft über die Kapitalstruktur der Gemeinde. Sie zeigt, zu welchem Anteil die Aktiven selber finanziert sind.
Ein höheres Eigenkapital bedeutet mehr Handlungsspielraum der Gemeinde und eine bessere Bonität gegenüber den Kreditgebern.

Richtwerte	
> 25 %	genügend
< 25 %	ungenügend

2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Ø
77%	72%	74%	74%	74%	76%	78%	72%	71%	68%	74%

Zinsbelastungsquote

Die Zinsbelastungsquote informiert über das Verhältnis der Zinsen zum laufenden Ertrag. Sie zeigt, wie gut die Gemeinde ihre Verpflichtungen gegenüber den Kreditgebern erfüllen kann. Die Tragbarkeitsberechnung erfolgt zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 5 %.

Richtwerte	
< 5 %	genügend
> 5 %	ungenügend

2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Ø
0.3%	1.1%	1.1.%	1.4%	1.3%	1.2%	0.9%	1.6%	1.9%	2.3%	1.2%

Investitionsanteil

Der Investitionsanteil zeigt das Ausmass der Investitionstätigkeit an. Er gibt an, welcher Anteil der gesamten Ausgaben einer Gemeinde für Investitionen in die Infrastruktur eingesetzt wird.

Richtwerte	
> 10 %	genügend
< 10 %	ungenügend

2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Ø
12%	33%	18%	14%	15%	15%	27%	29%	16%	20%	19.8%

Steuerertrag und Steuerfuss

Steuerertrag und Steuerfuss		Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Steuerbedarf				
Gesamtaufwand		40’396’300	36’152’700	34’278’573.73
Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr		25’724’300	22’892’600	23’092’406.59
Zu deckender Aufwandüberschuss (-)		**-14’672’000**	**-13’260’100**	**-11’186’167.14**
Steuerertrag und Steuerfuss		**Budget 2027**	**Budget 2026**	**Rechnung 2025**
Einfacher Gemeindesteuerertrag netto, 100 %		**12’210’088**	**11’734’602**	**11’357’243.85**
Steuerfuss in %		**113**	**113**	**113**
Zusammensetzung Steuerertrag:				
4000.0 Einkommenssteuer nat.P. Rechnungsjahr		11’356’500	10’947’000	10’534’392.05
4001.0 Vermögenssteuer nat.P. Rechnungsjahr		1’282’600	1’267’800	1’211’504.75
4010.0 Gewinnsteuer jur.P. Rechnungsjahr		1’073’500	960’500	1’007’446.90
4011.0 Kapitalsteuer jur.P. Rechnungsjahr		84’800	84’800	80’341.85
Steuerertrag Rechnungsjahr		**13’797’400**	**13’260’100**	**12’833’685.55**
Steuerertrag Rechnungsjahr		**13’797’400**	**13’260’100**	**12’833’685.55**
Jahresergebnis Erfolgsrechnung	Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	**-874’600**	**0**	**1’647’518.41**

Rechtsmittel

Der Rechtsschutz stellt einer Person, die von einer staatlichen Anordnung betroffen ist, **Rechtsmittel** (Rekurse) und einen **Rechtsbehelf** (Aufsichtsbeschwerde) zur Verfügung, um sich gegen eine Anordnung zur Wehr zu setzen.

Die Rechtsmittel sind seit dem 1. Januar 2018 einheitlich im Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959 (VRG, LS 175.2) geregelt.

Es ist zwischen dem Rekurs in Stimmrechtssachen, dem Rekurs und der Aufsichtsbeschwerde zu unterscheiden. Bei einem Rekurs muss die Rekursschrift einen **Antrag** und dessen **Begründung** enthalten (§ 23 Abs. 1 VRG).

Bei **Fragen** zu den Rechtsmitteln oder zur Aufsichtsbeschwerde hilft Ihnen der Gemeindeschreiber oder die Bezirksratskanzlei Bülach gerne weiter.

Rekurs in Stimmrechtssachen (§ 19 Abs. 1 lit. c VRG)

Handlungen staatlicher Organe, welche die politische Stimmberechtigung der Bürgerinnen und Bürger oder Volkswahlen oder Volksabstimmungen betreffen (Stimmrechtssachen), können mit Rekurs **innert 5 Tagen** beim Bezirksrat angefochten werden.

Der Rekurs gegen die Verletzung von Verfahrensvorschriften in der Gemeindeversammlung setzt voraus, dass sie **in der Versammlung gerügt** worden ist (§ 21 a Abs. 2 VRG).

Rekurs gegen Anordnungen und Erlasse (§ 19 Abs. 1 lit. a, b und d VRG)

Mit Rekurs können Anordnungen und Erlasse der gemeinderechtlichen Organisationen angefochten werden. Die Rekursfrist beträgt **30 Tage** (§ 22 Abs. 1 VRG).

Aufsichtsbeschwerde

Mit der Aufsichtsbeschwerde kann jede Person die Aufsichtsbehörde über Unregelmässigkeiten bei einer beaufsichtigten Organisation informieren. Die Aufsichtsbeschwerde ist ein **„formloser Rechtsbehelf“** und im Gesetz nicht vorgesehen. Sie ist grundsätzlich an keine Frist gebunden.

Die **Berichtigung des Protokolls** z.B. einer Gemeindeversammlung ist mit einer Aufsichtsbeschwerde zu verlangen, sofern sie nicht gleichzeitig mit einem Rekurs gegen eine Anordnung oder einen Erlass verlangt werden kann. Es kann gerügt werden, dass das Protokoll den Wortlaut der gefassten Beschlüsse nicht richtig wiedergibt, es Lücken in der Wiedergabe der wesentlichen Aussagen enthält oder es Aussagen in einer Weise wiedergibt, die dem tatsächlichen Sinn zuwiderlaufen.